

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

Band: 68 (1977)

Heft: 3

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zuverlässigkeit von Stromversorgungssystemen

Am 21.–23. Februar 1977 findet in London eine internationale Konferenz der IEE (Institution of Electrical Equipment) über die «Zuverlässigkeit von Stromversorgungssystemen» mit folgenden Themen statt:

- System-Management (Einfluss der Hilfsbetriebe, Wirtschaftlichkeit)
- Erzeugung und Verbund (Erhöhung der Stromversorgungssicherheit, Zuverlässigkeitskriterien in bezug auf Pumpspeicherwerke, hydraulischer und thermischer Systeme)

- Übertragung (Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit)
- Verteilung (Zuverlässigkeit, Planung, Kosten)
- Systemzusammensetzung (Sicherheit, dynamische Vorgänge, Wahrscheinlichkeitsmodelle für Betrieb und Planung)
- Datenübertragungssysteme (Zuverlässigkeitstechniken)
- Schätzung der Reservekapazität

Interessenten von Mitgliedwerken erhalten nähere Informationen im Sekretariat des VSE, Bahnhofplatz 3, 8023 Zürich.

Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Suche nach neuen Energiequellen

Die Diskussion um Alternativenenergien ist in vollem Gange; vor allem steht die Nutzung der von der Sonne einstrahlenden «Gratisenergie» im Mittelpunkt des Interesses.

In der *Jugendzeitung «Hochspannung '76»* (für Schüler ab 14. Altersjahr) befasst sich der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) mit neuen Energiequellen. Diese zweite Ausgabe – die erste erreichte eine halbe Million meist jugendlicher Leser – gibt mit leichtverständlichen Beiträgen und anschaulichem Dokumentationsmaterial eine gute Übersicht: Weltenergievorräte und Verbrauch, Sinn und Notwendigkeit der Erdölsubstitution, Möglichkeiten und Grenzen der Sonnenenergie. Aber auch die Chancen anderer natürlicher Energiequellen werden untersucht.

Auf besonderes Interesse dürfte bei Lehrern und Jugendlichen das Energie-ABC stossen. Von «Alternativenenergie» bis «Zukunft» werden zahlreiche Begriffe erläutert, Energiequellen porträtiert und Masseinheiten erklärt.

Die Komplexität der zur Diskussion gestellten Themen hat auch bei der Lehrerschaft zu gespaltenen Ansichten über die Energiepolitik geführt. So wird es nicht an Stimmen fehlen, die dieser Jugendzeitung eher misstrauisch gegenüberstehen und sie als Versuch der Beeinflussung, der Manipulation werten. Doch selbst in solchen Fällen kann «Hochspannung '76» Anlass zu wertvollen Diskussionen in der Schule werden.

Diese «Energieinformationen aus erster Hand», die auch für Erwachsene lesenswert sind, werden durch die örtlichen und regionalen Elektrizitätswerke kostenlos abgegeben.

*«Schulblatt für die Kantone Aargau und Solothurn»,
Aarau, 26. November 1976*

Keine «ärgerliche Atom-Propaganda»

Zum Leserbrief von W. Lüscher mit dem Titel «Strom-Werbung: Ärgerliche Atom-Propaganda» (Tagblatt vom 22. Oktober) möchte ich mich wie folgt äussern: Wenn die Elektrizitätswerke von Zeit zu Zeit ihre ausgezeichneten Aufklärungsbroschüren an die Haushalte verschicken, so kann ich mich beim besten Willen darüber nicht ärgern – im Gegenteil: Hier sind endlich die umfassenden Informationen, die ich lange Zeit vermisst habe; sie sind sachlich gehalten und dazu in populärer Form dargestellt, auf dass sie auch der Laie verstehen könne. Es ist bezeichnend, dass sich kernenergiefeindliche Kreise darüber aufregen, dass die – von mir und vielen anderen – sehnlichst erwartete Schliessung einer Informationslücke stattfindet: Weil diese Leute sich nun nicht mehr über mangelnde Information beklagen können, müssen sie es eben für den jetzigen Zustand tun. Oder, mit anderen Worten: Wie man's macht, ist es aus ihrer Sicht falsch!

*Leserbrief von Heinz Niggli, Bern
«Aargauer Tagblatt», Aarau, 19. November 1976*

Die Auseinandersetzungen täuschen

Trotz den blutigen Auseinandersetzungen um den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf sollte man nicht vergessen, dass nur ein geringer Anteil von 5 % der Bevölkerung der Bundesrepublik als eingeschworene Gegner dieser neuen Technologie gilt. Eine breite Mehrheit von 77 % steht der Atomenergie positiv gegenüber. Dies ist das Fazit einer soeben veröffentlichten, vergleichbaren Analyse repräsentativer Befragungen zum Thema Kernenergie, die von der Agentur für Markt-Information GmbH (AFM) in Düsseldorf erarbeitet wurde.

Trotz der dabei auch ermittelten «Atomangst» zeigt die Untersuchung, dass die Bundesbürger sehr wohl in der Lage sind, zwischen emotionell getragener Sorge und vernunftmässigen Überlegungen zu differenzieren. Fast 80 % glauben danach zu dem nicht daran, dass der Bau von Kernkraftwerken durch Bürgerinitiativen und vieles mehr verhindert werden kann. Die Analyse zeigt auch, dass sich die Zahl der Befürworter der Erzeugung von Kernenergie in den vergangenen 20 Jahren nahezu verdoppelt hat, während die der «Kritiker am Prinzip» gleichzeitig um ein Vielfaches zurückgegangen ist.

Diese Umfrage zeigt, dass man solche Auseinandersetzungen nicht überbewerten soll und dass die Mehrheit der deutschen Bürger weiss, dass der Bedarf an Elektrizität im Moment nur durch Kernenergie gedeckt werden kann!

R. M.

«Der Bund», Bern, 25. November 1976

Politik und Atom

Um Popularität zu gewinnen, um bekannt zu werden, um in die Politik einzusteigen, nehme man das zurzeit aktuelle Thema «Atomkraftwerke» oder «Atomdeponien», verbreite einige Geschichten, nehme Beispiele von Katastrophen und schüttele das Ganze gut und kräftig, und die Medizin beginnt zu wirken.

Beachtet man die Polemik auf diesem Gebiet, so stellt man fest, dass vor allem Laien, die meist nicht einmal wissen, was die Halbwertszeit ist, sich stark engagieren. Während man von Fachleuten sehr selten Engagements beobachtet. Dass der Fachmann jedoch nicht beunruhigt ist, geht aus der Tatsache hervor, dass Posten in Atomkraftwerken von Ingenieuren sehr gesucht sind. Wäre nur eine verhältnismässig kleine Gefahr vorhanden, so würden sie sich und ihre Familien, die ja auch in unmittelbarer Nähe wohnen, einer solchen Gefahr nie aussetzen.

Bei der Diskussion sollte vor allem auch die Wahrscheinlichkeitsrechnung miteinbezogen und diese Zahlen im Vergleich mit anderen Gefahrenherden gesetzt werden. Es kommt heute niemandem in den Sinn, Talschaften wie das Ursern-, das Medelser- oder Valsertal unzusiedeln, obwohl in gewissen kürzeren Zeitabständen diese Gebiete von Lawinen heimgesucht werden. Jedemal reichen die getroffenen Massnahmen zum Schutze nicht aus und werden vermutlich nie ausreichen. Dagegen sind die Massnahmen, die beim heutigen Atomschutz geboten werden, unverhältnismässig grösser, respektive das Risiko unverhältnismässig kleiner. Da die Ingenieure im allgemeinen wenig Politik betreiben und zudem redaktionelle Arbeiten meist nicht zu ihren Stärken zählen, ist die effektive Aufklärung gering. Im weiteren ist der Ingenieur gewohnt, sich mit abstrakten Problemen ausein-

anderzusetzen, während auf der politischen Bühne emotionelle Überlegungen oft eine bedeutende Rolle spielen.

Aufklärungsartikel, die von den grösseren Firmen verbreitet werden, finden kaum ein Echo bei der Bevölkerung, weil bei diesen in der Regel doch wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Wenn sich aber die Regierungsstellen von neutralen Fachleuten beraten lassen und die entsprechenden Berichte vermehrt auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, könnte wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Leserbrief von Urs Häfliger, Disentis
«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 19. November 1976

CKW schenken Entlebucher Bergbauern täglich Freude

Täglich Freude schenken durch Strom! Als letztes Wohngebiet im Kanton Luzern ist das Bergtal Finishütten ob Schüpfheim ans Stromnetz der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) angeschlossen worden. Dieses historische Ereignis wurde am vergangenen Freitag im Hotel Bad in Schüpfheim gebührend gefeiert. Die CKW luden alle 22 Bergbauernfamilien, die in den Genuss der elektrischen Kraft gekommen sind, zu einer Schlussfeier ein und spendeten ein währschaftes Nachtessen.

Die Feier stand indes unter dem Zepter von Grossrat Robert Schmid, Schüpfheim, der als Freund und Helfer der Bergbauern recht eigentlich den Anstoss zur Elektrifizierung gegeben hat. Dank seinem unermüdlchen Einsatz wurde im Frühjahr 1972 die Elektrogenossenschaft Finishütten und Umgebung gegründet, boten die CKW Hand zum raschen Handeln, steuerten Bund, Kanton und Gemeinde ansehnliche Beihilfen an die Verwirklichung des Projektes bei, dessen Kosten auf eine halbe Million Franken veranschlagt waren. Am Freitag war indes zu erfahren, dass der Kostenvoranschlag um rund 35 000 Franken unterschritten werden konnte.

Grossrat Robert Schmid betonte, dass ohne das grosszügige Entgegenkommen der CKW das Gemeinschaftswerk kaum so kostengünstig hätte verwirklicht werden können. So übernahmen die CKW gegen 264 000 Franken oder 60 % der Baukosten, so dass nach Abzug der Gelder der öffentlichen Hand (rund 163 000 Franken) nur noch 36 433 Franken zu Lasten der Genossenschaft übrigblieben, von denen jeder 1656 Franken übernehmen musste. Hinzu kamen aber noch die individuellen Kosten für die Hausinstallationen.

Bergbauernleben stützen und aufwerten

An der Feierstunde im Hotel Bad nahmen auch die beiden CKW-Direktoren Franz Dommann und Max Ammann teil. Aus ihren Worten spürte man heraus, dass im Fall Finishütten die wirtschaftlichen Überlegungen weit hintangestellt wurden. Im Vordergrund stand die Solidarität mit der Bergbevölkerung, deren Sorge und Nöte die CKW kennen, deren Leben sie darum stützen und aufwerten wollen. Gemeinderat Josef Schumacher, Schüpfheim, unterstrich denn auch in seinem Dankeswort an die CKW, dass die hier getroffenen Investitionen gut angelegt seien, würden sie doch mithelfen, die Arbeiten in Haus und Hof zu erleichtern und die Abwanderung zu stoppen.

Heinrich Schmid/LNN
«Luzerner Neueste Nachrichten», Luzern, 22. November 1976

Ein Mensch kontaminiert das Kernkraftwerk-Areal!

Ja, Sie haben richtig gelesen! Normalerweise spricht man immer nur davon, dass ein Kernkraftwerk für seine Umgebung eine unzumutbare Strahlenbelastung verursache. Dass die Strahlenbelastung jedoch weniger als 1 mrem ausmacht und damit im Vergleich zur natürlichen Strahlung von 120 mrem im schweizerischen Mittel (Maximum in der Schweiz 300 mrem) verschwindend klein ist, wird geflissentlich übergangen. Ein bemerkenswerter Zwischenfall beim Kernkraftwerk Neckar-1 ist geeignet, das Ausmass der Strahlenbelastungen zu illustrieren, und zwar dieses Mal im Verhältnis von Kernkraftwerken zu medizinischen Untersuchungen.

Als ein Maschinenschlosser des Kernkraftwerkes Neckar-1 Ende Juni 1976 das Kernkraftwerk betreten wollte, um dort seine Arbeit aufzunehmen, lösten die am Eingang angebrachten Warnanlagen einen Alarm aus. Diese Warnanlagen sprechen auf radioaktives Material an und schliessen dann sämtliche Türen. Es stellte sich heraus, dass der Schlosser einige Stunden zuvor im Krankenhaus einer Gehirnuntersuchung unterzogen worden war, zu welchem Zweck ihm der Arzt eine Injektion von Technetium-99m verabreicht hatte. Dosisleistungsmessungen im Kernkraftwerk ergaben an Kopf und Rumpf des Mannes eine Oberflächenstrahlung bis zu 4 mrem pro Stunde. Zu diesem Zwischenfall meldete die Kernkraftwerks-Leitung: «Der Mann wurde unverzüglich vom Dienst befreit, um das Kraftwerk möglichst kontaminationsfrei zu halten!»

Im übrigen handelt es sich bei dem vorerwähnten Kernkraftwerk um eine Anlage mit einer elektrischen Leistung von 805 MW. Es darf wirklich als bemerkenswert bezeichnet werden, wie zuverlässig die Strahlenüberwachung in einem Kernkraftwerk arbeitet.

Quelle: SVA-Bulletin
«Hauszeitung der Elektra Birseck Münchenstein»,
Nr. 4, Dezember 1976

Einseitig greifende Energie-Bremse

Für die Kernkraftwerke Kaiseraugst, Graben und Verbois liegt die Standortbewilligung bereits vor. Doch wenn der Bundesbeschluss betreffend die Ergänzung des Atomgesetzes in der gestern Dienstag veröffentlichten Form in Kraft treten sollte, dann wäre es möglich, den Bau eines, mehrerer oder aller dieser in der Projektierung am weitesten fortgeschrittenen Werke mangels Bedürfnisses zu verhindern. Als nächstes Werk wäre (nach der Fertigstellung der Werke Gösgen-Däniken und Leibstadt) Kaiseraugst an der Reihe. Es hat reelle Chancen, noch verwirklicht zu werden, auch wenn der Energieverbrauch nicht mehr anwachsen sollte. Substitution, Fernwärme und Reserve könnten die Begründungen heissen. Aus momentaner Sicht beurteilt, wäre aber auch ein Verzicht durchaus denkbar, denn das zunehmende Energiebewusstsein und die noch in keiner Weise genützten Sparmöglichkeiten – wohl der grösste Teil der Energie wird sinnlos verschwendet – bergen noch ungeahnte Reserven in sich. Doch ein Baubeschluss und die entsprechende «Rahmenbewilligung» müssen allein schon wegen der mehrjährigen Bauzeit die voraussichtliche Entwicklung berücksichtigen. Sie müssen auf «Planung» beruhen, ein Wort, an das man sich, nach allem was geschah, kaum noch heranwagt. Und wie soll nun ausgerechnet der Staat das Bedürfnis planen? Kann er sich anmassen, die Bedürfnisse



Schweizerische Vereinigung für Gewässerschutz und Lufthygiene, Aktion Saubere Schweiz

der Bevölkerung zu prophezeien? Der ordnungspolitische Pferdefuss der Bedürfnisklausel wird für ihn vor allem ein Anlass zum Stolpern sein.

Die Kampagne gegen den Bau der Kernkraftwerke hat auf politischer Ebene jedenfalls Früchte getragen: Der Baubewilligungsentscheid soll der Bundesversammlung überbunden werden, und die Bevölkerung soll vermehrt Gelegenheit erhalten, hier mitzugestalten, wie nun vorgeschlagen wird. Somit werden die politischen Aspekte den Vorrang vor den technischen erhalten. Und da wird es fragwürdig, ob bei diesem zusätzlich komplizierten System der Bau irgendeines Kernkraftwerks irgendwo in der Schweiz überhaupt noch möglich ist. Jedenfalls würde auf diese Weise der Leidensweg solcher Grossprojekte nicht abgekürzt, eher abgebrochen.

Die Kernenergie bringt ihre Probleme mit sich; das wird niemand in Abrede stellen. Diese sind in den vergangenen Jahren mit System und aller Vehemenz hochstilisiert worden. Bemerkenswerterweise scheint sich für die wesentlich umweltproblematischere Energieerzeugung aus Erdölderivaten mit den Pflanzen, Tieren und Menschen teils vernichtenden, teils schädigenden Auswirkungen kaum jemand zu interessieren; so finden sich in Auto- und Heizungsabgasen unter anderem Ungemach krebs-erzeugende Bestandteile. Hätte man diese gewaltigen und eindeutig erwiesenen Umweltschädigungen grossen Stils mit der gleichen Systematik ausgeschlachtet, dann würde sich das Volk die verhältnismässig saubere Kernenergie in grösserer Menge herbeiwünschen.

Der Bundesbeschluss bremst in seiner jetzigen Form die Ausbreitung der Kernenergie zweifellos. Würde er nicht einseitig diese bremsen, sondern Sparmassnahmen auf dem gesamten Energiesektor provozieren, wäre weniger dagegen einzuwenden. Wenn aber durch ihn der umweltproblematische, eine einseitige Abhängigkeit fördernde Erdölverbrauch, der keinerlei Begrenzungen unterliegt, stimuliert werden sollte, dann müsste er sich neben der politischen Fragwürdigkeit auch aus diesem Grund als Kapitalfehler erweisen. Wenn eine Bremswirkung nicht alle Energieträger erfasst, wird damit das Energie-Pferd am Schwanz aufgezäumt.

Walter Hess

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 15. Dezember 1976

Versachlichung möglich?

Juristen dürften am Entwurf für die Revision des «Atomgesetzes», wie sie nun, für eine allerdings kurze Frist, ins Vernehmlassungsverfahren geht, allerhand auszusetzen haben. Der Entwurf ist nämlich ganz eindeutig «politisch» und weit weniger «juristisch», denn er versucht, der Opposition gegen die Kernkraftwerke Rechnung zu tragen. Diese Opposition hatte zunächst in der illegalen Besetzung des Kernkraftwerkgeländes von Kaiseraugst und dann in der Einreichung einer Initiative für ein besonderes Bewilligungsverfahren ihren Niederschlag gefunden. Die Initiative verlangte unter anderem ein Mitbestimmungsrecht bei Baubewilligungen durch die umliegenden Gemeinden und Kantone, eine im schweizerischen Recht bisher sehr bewusst vermiedene Lösung. Eine solche will auch der Bundesrat im Revisionsentwurf nicht, er weicht dafür – allenfalls – auf die Bundesversammlung aus, welche für Bewilligungen zuständig erklärt werden könnte. Auch dies wäre ein neuartiges Verfahren. Immerhin ist die Frage noch offen, weil der Bundesrat durchaus bereit scheint, die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit bei sich selber zu behalten.

Zweifellos werden die «politischen» Neuerungen auch gefallen, und man kann wohl sogar mit zusätzlichen Forderungen rechnen. Umgekehrt werden Bedenken laut werden, und etliche dürften sich regelrecht provoziert fühlen. Doch gerade dies ist auch ein Vorteil der zur Diskussion gestellten Vorlage: Sie ermöglicht nämlich ein fruchtbares Gespräch über das politische, rechtliche und staatsrechtlich wirklich Sinnvolle. Es besteht also die Chance, die Diskussion um die Kernkraftwerke anhand des Revisionsentwurfes ganz wesentlich zu versachlichen und ein Stück weit zu entpolitisieren.

Gegen die Bedürfnisklausel und Sparmassnahmen ist dagegen nichts einzuwenden, und wenn das Einspracherecht eine klarere Form bekommt und umfassender wird, so ist das ebenfalls rich-

tig. Wir haben an dieser Stelle schon früher einmal festgestellt, dass die «demokratischen» Einsprachemöglichkeiten oft nur auf dem Papier gut aussehen, im Grunde aber einen regelrechten Beschwerde-«Minimalismus» bedeuten durch zu kurze Fristen, Beschränkung des Kreises der Berechtigten – und hinzu kommt noch oft die sehr diskrete Ankündigung der Einsprachefristen und so weiter. Dass umgekehrt Einsprachemöglichkeiten auch missbraucht werden können durch ihre Übernutzung (wie zum Beispiel im Wallis mit Tausenden von Einsprachen gegen die dringlichen Raumplanungsmassnahmen), soll allerdings auch nicht verschwiegen werden. Aber es gilt, den Mittelweg zu finden zwischen der Einsprache als demokratische Alibiübung und der Missbrauchsgelegenheit.

Selbst die Diskussion um die weniger strittigen Dinge mag Gelegenheit geben, die Gefahren der friedlichen Verwendung der Kernenergie emotionell auf jenes Mass zu reduzieren, das tatsächlich ist. Das gilt etwa auch für die Abfallagerung, bei welcher ausländische Erfahrungen zeigen, dass sie völlig ungefährlich ist, wenn sie seriös betrieben wird, beispielsweise gerade im Innern unserer wahrhaftig «dicken» Berge.

Jann Etter

«Thurgauer Zeitung», Frauenfeld, 15. Dezember 1976

Kraftwerk Gletsch unter schwerem Beschuss

Man weiss es. In Bern sind zwei Projekte für den Bau eines Pumpspeicherwerkes in Gletsch hinterlegt. Ein Projekt stammt von einem Konsortium bestehend aus dem Staate Wallis, der Lonza und der Alusuisse. Das andere Projekt wurde von alt Bundesrat Bonvin hinterlegt.

Es ist Sache des Bundesrates, zu entscheiden. Das Projekt ist in Bern. So ganz ohne Betreuung darf dieses Projekt jedoch nicht in Bern belassen werden, denn zurzeit steht es nicht gut für das Kraftwerk Gletsch. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Nachtragskredit zum FO-Basistunnel kam auch dieses Pumpspeicherwerk in Diskussion, und da musste man von Bundesrat Ritschard vernehmen, dass er nicht begeistert ist ob diesem Pumpspeicherwerk. Das ist ein schlechtes Vorzeichen für die Realisierung des für das Goms wichtigen Projektes. Es ist höchste Zeit, dass wir im Wallis reagieren, dass auch unser Standpunkt gehört wird. Es fragt sich, wer in Bern den Standpunkt des Wallis darzulegen hat. Sicher an erster Stelle die Walliser Parlamentarier. Sie sind ja unsere Vertreter in Bern. Unsere National- und Ständeräte vertreten das Wallis, seine Sorgen und Nöten in Bern. Dann aber hat auch die Walliser Regierung, hat der Staatsrat in Bern Einfluss zu nehmen, und wir gehen in der Annahme kaum fehl, dass der Einfluss des Staatsrates in Bern sogar grösser ist als der Parlamentarier. Wenn die Walliser Regierung mit vollem Druck auf Bern einwirkt, dann wird es dem Energiewirtschaftsdepartement und dem Bundesrat schwerfallen, den Willen der Walliser Regierung zu desavouieren. Grundsätzlich sprechen ja keine technischen Argumente gegen das Kraftwerk Gletsch. Die Opposition kommt von seiten der Landschaftsschützer. Gerade hier meinen wir aber, dass der Bund sehr behutsam vorgehen sollte. Es soll und muss Aufgabe der Kantone sein und bleiben, in Sachen Landschaftsschutz zum Rechten zu sehen. Zuviel Dirigismus ist in dieser Sache nicht gut. Der Bundesrat mag sich an die Reaktionen erinnern, die der Gesetzesentwurf betreffend den Umweltschutz in der Vernehmlassung ausgelöst hat.

Neben unseren Vertretern in Bern und der Walliser Regierung haben natürlich auch die Projektverfasser in Bern Einfluss zu nehmen. Leider gibt es zum Zeitpunkt, da es brenzlich wird, noch keine Gesellschaft, die hinter dem Projekt steht. Man hat es unterlassen, rechtzeitig eine Trägergesellschaft zu gründen. Dies hätte gleichzeitig mit der Hinterlegung des Projektes in Bern geschehen sollen. Hier trifft unseres Erachtens die Walliser Regierung Schuld, denn sie hätte auf die Gründung einer Aktiengesellschaft drängen sollen. Warum hat man dies unterlassen? Es könnte sich diese Unterlassung heute als Handicap für die Genehmigung des Projektes erweisen. Noch ist in Bern kein Entschcheid gefallen. Der Druck gegen die Genehmigung des Projektes wächst. Es ist an uns, jetzt Gegendruck auszuüben. Die CSP Oberwallis ist verpflichtet dazu, denn in ihrem Aktionsprogramm heisst es kurz und bündig: «Aus energiepolitischen Gründen sowie aus konjunkturpolitischen Überlegungen insbesondere der

Arbeitschaffung ist der Ausbau des Kraftwerkes Gletsch mit Beteiligung des Kantons raschestens in Angriff zu nehmen.»

Wie wäre es, wenn die Gommer Gemeinden zur Initiative griffen und ihre Haltung gegenüber dem Kraftwerk Gletsch öffentlich kundtäten? Wie stellen sich die Gemeinden Oberwald, Obergesteln und Ulrichen zu diesem Projekt und zu den Argumenten der Landschaftsschutzvertreter und damit der Gegner des Kraftwerkes? Gerne hörte man auch vom oberen Goms offizielle Stellungnahmen.

«Walliser Volksfreund», Naters, 15. Dezember 1976

Die Belastung ist winzig klein

upb. Die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Mühleberg konnte in den vergangenen Monaten Wunderliches beobachten: alle zwei bis drei Wochen fuhr eine VW-Busse vor, da und dort im Gelände wurden kleine Apparate aufgestellt, automatisch füllten sich orangefarbene Plastikzelte mit rund 1 m^3 Luft ...

Die Feldarbeit, die hier mit laienhaften Worten beschrieben wurde, ist Teil eines Projektes zur Messung der Verdünnungsfaktoren von gasförmigen Abgasen in der Umgebung des Kernkraftwerkes Mühleberg. Beteiligt an diesem Projekt sind neben der Universität Bern das Kernkraftwerk selbst, die Eidgenössische Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR), die Abteilungen für die Sicherheit der Kernanlagen (ASK) und die MZA Payerne.

Eine schwierige Aufgabe

Beim Normalbetrieb von Kernreaktoren entstehen radioaktive Spaltgase, z. B. das Xenon-Isotop ^{133}Xe . Ein äusserst geringer Teil dieser Radioaktivität wird über das Hochkamin mit der Abluft abgegeben. Die Frage stellt sich nun, wie stark diese Radioaktivität in der Umgebung verdünnt wird und wie gross bzw. wie klein die dadurch bewirkte zusätzliche Dosis für die Bevölkerung ist. Insbesondere muss man diese Fragen für den oder die «kritischen» Geländepunkte beantworten können, d. h. für die Punkte, an denen eine allfällige Erhöhung am grössten wäre. Da die erwartete Dosiserhöhung sehr gering (kleiner als 1 mrem pro Jahr) und damit viel kleiner ist als die natürliche Dosisbelastung aus Boden und kosmischer Strahlung (rund 120 mrem pro Jahr), ist eine direkte Messung praktisch unmöglich. Man muss daher empfindlichere Messmethoden heranziehen, woraus sich die Teilnahme von Universitätsinstituten am Projekt erklären lässt. So ist im Rahmen einer Lizentiatsarbeit der Universität Bern eine experimentelle Methode mit Hilfe des Isotops ^{133}Xe entwickelt worden, dessen Radioaktivität in der Abluftfahne am grössten ist. Aber immer noch ist die Aufgabe recht schwierig, gilt es doch, eine geringe Anzahl Xe-Atome in einer riesigen Menge Luftmolekülen nachzuweisen.

Untersuchung beginnt im Freien

Zunächst muss nun für eine bestimmte Wetterlage abgeklärt werden, in welcher Richtung sich die Abluftfahne bewegt. Dies wird dadurch erreicht, dass schwebende Luftballone aus dem 125 m hohen Kamin gelassen und ihre Bahnen mit optischen Instrumenten verfolgt werden. Nehmen wir an, dass bei Westwind die Ballone gegen den Weiler Salvisberg, auf einer Anhöhe etwa $1,5 \text{ km}$ im Osten des Kernkraftwerkes gelegen, treiben. Auf dieser Anhöhe werden dann von einer Equipe etliche Probenahme-Apparaturen aufgestellt. Einige Proben werden auch in Niederruntigen oder in Buttenried usw. gesammelt. Insgesamt werden bis 16 Apparaturen aufgestellt, die später den momentanen Verlauf der Abluftverteilung wiedergeben sollen. Schaltuhren setzen zu gleicher Zeit an allen Stationen einen Staubsaugermotor in Betrieb, der während rund einer halben Stunde ein Luftzelt mit ungefähr 1 m^3 Inhalt aufbläst. Rasch werden die Probenbehälter eingesammelt und ins Labor gebracht, wo die Hauptarbeit erst beginnt.

Komplizierte Messung

Da die radioaktiven ^{133}Xe -Atome nur in sehr geringer Anzahl vorhanden sind, müssen sie zunächst konzentriert werden. Hier kommen den Mitarbeitern die langjährigen Erfahrungen, welche im Labor von Prof. H. Oeschger beim Umgang mit Edel-

gasen gewonnen wurden, zugute. In einer speziellen Apparatur wird die 1 m^3 messende Luftmenge ohne wesentliche Xenon-Verluste auf ein Volumen von höchstens 1 bis 2 Liter Gas reduziert. Diese Luftmenge mit den radioaktiven ^{133}Xe -Atomen wird mit Aktivkohle aufgefangen, welche in eines der speziellen Messgefässe abgefüllt wird. Die Aktivitätsmessungen werden an der Universität Fribourg im Labor der KUeR durchgeführt und ausgewertet. Durch Vergleich mit den vom Kernkraftwerk gemessenen Abgaberraten können für die eine untersuchte Wetterlage momentane Verdünnungsfaktoren berechnet werden. Diese geben an, welche Aktivität (in pCi/m^3) in der Umgebung bei einer gegebenen Abgaberrate (in $\mu\text{Ci}/\text{s}$) gefunden wird.

Für viele Wetterlagen

Daraus lassen sich nun noch keine zusätzlichen mittleren Jahresdosen berechnen; die Verdünnung wurde ja erst für eine einzige Wetterlage gemessen. Das Gemeinschaftsprojekt sieht vor, bis Ende 1977 die momentanen Verdünnungsfaktoren für viele Wetterlagen zu bestimmen. Aus einer grossen Zahl von Einzelmessungen und einer Statistik über die Häufigkeit der verschiedenen Wetterlagen hofft man, später mit einem Computermodell die Langzeit-Verdünnungsfaktoren abschätzen zu können. Darauf stützt sich dann eine weitere Berechnung der durch radioaktive Edelgase bewirkten mittleren Dosiserhöhungen. Diese Modellrechnungen können sich wiederum auf Erfahrungen mit Klimamodellen stützen, wie sie im Physikalischen Institut Bern entwickelt wurden. «Der Bund», Bern, 27. Dezember 1976

Feindbilder auf «Kampfgelände»

Mit «Lügenpavillon» beschmierten fanatisierte Kernkraftwerk-Gegner aus der Abteilung «Gagak» den Informationspavillon auf der Kernkraftwerk-Baustelle am letzten Sonntag in Kaiseraugst. Und sie fassten einhellig eine Resolution. Darin wird als einer von fünf kritisierten Punkten erwähnt: «Ausfahrten von der Autobahn auf das (Kernkraftwerk-)Gelände sind erstellt worden – mit dem Zweck, einer interkantonalen Polizeitruppe eine direkte Zufahrt auf das Gelände zu sichern.» Solche Sachen (wie etwa der Abtransport von ein paar Kubikmetern Kies, die ebenfalls als Vorbereitung bzw. Ausebnung des Schlachtfeldes interpretiert wurden) sind «als Herausforderung an alle Kernkraftwerkgegner» empfunden worden. «Der Gegner» habe den «Waffenstillstand gebrochen», stellten die Demonstranten in ihrer einhellig gebilligten Resolution fest.

«Randbedingungen für Polizeieinsatz verbessert»

Der taktischen Vorbereitung des Kampfgeländes in Kaiseraugst im Hinblick auf einen interkantonalen Polizeieinsatz kommt selbstredend ein gewisses öffentliches Interesse zu, und es lag nahe, eine detaillierte Berichterstattung vorzubereiten. Eine Schlüsselposition kommt in diesem Zusammenhang offenbar der Zufahrt von der Autobahn auf das Kraftwerkgelände zu, von Thomas Cueni in der «National-Zeitung» als «Premiere im schweizerischen Autobahnnetz» erkannt. Die «per Schlüsselkasten zu öffnende Autobahnausfahrt» habe «die Randbedingungen für einen Polizeieinsatz auf dem Kaiseraugster A-Werk-Gelände verbessert», heisst es in der NZ, bei der man sich für die Anliegen der Gegner schon längst entflammt hat.

Barriere und Schlüsselkasten bereit

Warum dieses Strässchen eigentlich mit Barriere und Schlüsselkasten versehen worden sei, war eine Frage, die wir dem aargauischen Polizeikommando stellten. Doch dort – wie auch bei der Motor Columbus in Baden – hat man von dem Strässchen, das zwar nicht zum Kernkraftwerkgelände, sondern aufs Roche-Areal führt, bisher nichts gehört. Das Polizeikommando setzte am Mittwoch Abklärungen in Gang.

Weil solche «Strassenneubauten» einer Baubewilligung bedürfen, lag eine Anfrage bei der Gemeindekanzlei Kaiseraugst nahe. «Ein Skandal», erklärte Gemeindegemeinschafter F. Zinniker zu Informationen und Kommentaren über das harmlose Strässchen im «Asphof»-Gebiet. Dieses bestehe seit Jahren. Es wurde vor 1968 im Rahmen des N 3-Baus als sogenannte «Unterhaltungspiste» erstellt. Dort können beispielsweise Schneeräumungsfahrzeuge aus dem Nachbarkanton Baselland von der N 3 ausfahren, der Autobahn folgend eine Brücke erreichen und auf der Gegenseite

über einen Feldweg in die Gegenfahrbahn gelangen. Ursprünglich war die Arbeitspiste mit einem Gittertor versehen, das von Hand geöffnet werden musste. Neuerdings wurde dieses durch eine Barriere ersetzt, die vom Lastwagen aus über einen Schlüsselkasten betätigt werden kann, eine Vereinfachung, die bei Schnee und Vereisung im Winter ins Gewicht fällt. Eine gleichartige Unterhaltspiste, die den Fahrzeugen des Aargauer Unterhaltsdienstes dient, gibt es im basellandschaftlichen Giebenach; auch dort wurde das Gittertor durch eine Barriere ersetzt, wie von seiten des aargauischen Baudepartementes in Erfahrung zu bringen war. Die Aargauer liessen sich von dort für die Barrieren-Lösung inspirieren.

Motivation der Besetzerlust

Mit einem allfälligen Polizeieinsatz hat dies alles, wie aufgrund mehrerer Anfragen übereinstimmend in Erfahrung gebracht werden konnte, überhaupt nichts zu tun. Vielmehr zeigt dieser Fall auf, wie von seiten extremer Kernkraftwerkgegnergruppen Fakten – wie der Tatbestand des zufälligen Bestehens einer Arbeitspiste in der Nähe der Autobahn – zum Anlass genommen werden, um mit verdrehten, hirngespinstigen Argumenten ihre im kritischen Denken offenbar nicht weit fortgeschrittene Gefolgschaft in scharfmacherischer Art für ihre Ziele zu gewinnen und die Lust an einer Wiederbesetzung zu motivieren.

Die Diskussionen über Kernkraftwerke verlaufen seit Jahren in ähnlicher Weise: Da werden schwer kontrollierbare Tatbestände für die eigenen Zwecke zurechtgebogen. Man könnte darüber hinweggehen, wenn nicht doch feststellbar wäre, dass das teilweise mit Verdrehungen, Halb- und Unwahrheiten geschürte Unbehagen auf politischer Ebene so viel Erfolg hätte. Wenn da zum Beispiel einer lügt und mit schwarzer Farbe «Lügenpavillon» an ein Gebäude schmiert, das ihm nicht ins Konzept passt, dann kommt, wie die Vergangenheit lehrte, nicht der Schmierer, sondern der Beschmierte «flach» heraus.

Ein bemerkenswertes Schmierentheater im Atomzeitalter.

Walter Hess

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 24. Dezember 1976

Barbarisierung der Demokratie

Obwohl sich die Mehrheit der an «gewaltfreien Aktionen» beteiligten Bürger dessen kaum bewusst sein dürfte, sind die Propagandisten für «gewaltlose Aktionen» auf internationaler Ebene im neomarxistischen Lager anzusiedeln, deren Theorien der «Gewaltlosigkeit» auf die revolutionäre Sammlung solcher gewaltfreier Aktionen mit einer Veränderung der Gesellschaft abzielen. Eine entsprechende Konfrontationstaktik könnte nämlich den Rechtsstaat und seine Institutionen eines Tages an den Rand des administrativen und ordnungspolitischen Chaos bringen. Was ja dann wohl der Anfang der Revolution wäre.

J. L. St. Eine solche Entwicklung ist natürlich von der Mehrheit der bei solchen Aktionen direkt beteiligten Bürger nicht gewollt. Dennoch steht ausser Zweifel, dass die internationalen Propagandisten der «gewaltfreien Aktionen» dies beabsichtigen. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, dass der neomarxistische deutsche Polit-Professor T. Ebert mit Blick auf die westlichen Demokratien folgert: «... Der Motor der sozialistischen Entwicklung ist aber die neue Verhaltensweise, mit gewaltfreien, direkten Aktionen Konflikte zu dramatisieren und auszutragen.»

Tatsächlich stehen die Propagandisten für «gewaltlose Aktionen» auf internationaler Ebene im neomarxistischen Lager. Ihre Theorie der «Gewaltlosigkeit» ist auf die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft hin angelegt. Durch die «Strategie der Gewaltlosigkeit» soll der demokratische Rechtsstaat zerstört werden und neomarxistischen Ideologien zum Sieg verholfen werden.

Zum Beispiel Kaiseraugst

Zu diesem Urteil kommt auch das Institut für politische Zeitfragen (IPZ), Zürich, in diversen Studien. In der neuesten Publikation («Die Praxis der ‚gewaltfreien‘ Aktion», IPZ-Studie Nr. K/6) wird unter anderem am Beispiel der Kaiseraugster Besetzung dargelegt, dass die revolutionäre Dynamik der «Gewaltlosigkeit» von allem Anfang an in diesem von interessierten Kreisen dramatisierten innenpolitischen Konflikt voll eingebaut war. Ohne für oder gegen Kernkraftwerke Stellung zu nehmen, wird

in der IPZ-Studie dargestellt, wie Leichtgläubige und Gutmeinende aus purem Theorieunverständnis und krasser Argumentationsunfähigkeit sich für die Sache der neomarxistischen Revolution einspannen liessen. Das IPZ datiert die Anfänge der «gewaltlosen» neomarxistischen Agitation gegen die Kernkraftwerke allgemein auf das Jahr 1972. Damals begann die von einer deutschen gewaltfreien Bürgerinitiative gegründete Underground-Zeitschrift «Graswurzel-Revolution», abgestützt auf die Theorien der Neomarxisten T. Ebert und J. Galtung, auf internationaler Ebene gewaltfreie Aktionen zu organisieren. Diese Aktivitäten wurden vor allem im Zusammenhang mit Umweltschutzfragen, Wehrdienstverweigerung, Atomtests, Abtreibung, Chile, Hausbesetzungen und Waffenplätzen in die Öffentlichkeit hineingetragen. Über diese Zeitschrift, die bald einmal auch in der Schweiz über eine Basler Adresse erhältlich war, wurde fortan die Kommunikation zwischen den verschiedenen gewaltfreien Gruppen im deutschsprachigen Raum sichergestellt. Die «Graswurzel-Revolution» wurde in der Folge in zunehmendem Masse ideologische Beratungsschrift sowie Planungs-, Koordinations- und Kommunikationsorgan der «Volksmacht am Rhein», das heisst der gewaltfreien Bewegung in den deutschen Regionen um Markolsheim und Wyhl wie auch in der Umgebung von Kaiseraugst.

Unfreiwilliger Sakkurs für die Systemüberwinder

Mit zunehmender Breitenwirkung und anlässlich der eigentlichen Besetzung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst nahmen dann ganz offensichtlich gemässigte Kräfte Einfluss auf die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» (GAK), wodurch die Linksideologen zunehmend unter Druck kamen. Die Auseinandersetzung spitzte sich zu, als sich eine Gruppe Linksextremer von der GAK absonderte und sich in der sogenannten GAGAK organisierte. Mit diesem «Reinigungsprozess» wollten die zum Teil im bürgerlichen Lager stehenden Vertreter der GAK offenbar klarmachen, dass die GAK in keiner Weise links unterwandert sei. Wird aber das im Sommer 1975 erschienene und heute noch gültige Dokument «Grundsätze und Programm» genauer analysiert, so ist festzustellen, dass sich die Strategen und Wortführer der GAK in ihrem Programm von den taktischen Empfehlungen bis hin zu den sprachlichen Formulierungen am schon erwähnten deutschen Neomarxisten Ebert orientieren. Es ist klar, dass damit das Gros der politisch neutralen Besetzer mit ihrer tätigen Solidarität zu gewaltfreien Aktionen unversehens und zweifelsohne auch unbeabsichtigt sich in den Dienst neomarxistischer Systemüberwinder stellte.

Das Problem des «richtigen» Entscheides

Mit der Strategie der Gewaltlosigkeit lässt sich heute jedes Problem durch eine mehr oder weniger grosse Gruppe von Aktivisten «dramatisieren». Abgesehen von der revolutionären Dynamik, die der Strategie eingebaut ist, stellt sich angesichts der offenkundigen Unduldsamkeit, mit der diese Bürger dem gegnerischen Standpunkt entgegentreten, eine zusätzliche Frage: Welche Weisheit, Durch- und Klarsicht gibt diesen Bürgern die Gewissheit, dass ihre Meinung die «objektiv richtige» sei? Das war schon zu allen Zeiten so: Was für die einen ein beweisbarer, logischer, objektiv richtiger Entscheid ist, gilt den andern als verbohrt, subjektive, vorurteilsbeladene Ansicht. Als nächstliegender Ausweg aus dem Dilemma bot sich das demokratische Prinzip des Mehrheitsentscheides an: Diejenige Weltanschauung, die von der Mehrheit geteilt wird, soll das Recht bestimmen – aber auch die Minderheiten schützen.

Was aber soll geschehen, wenn eine Minderheit wie die Kaiseraugster Besetzer, die sich zu einem nicht unerheblichen Masse ins Schlepptau von Systemüberwindern nehmen liessen, absolut überzeugt ist, die Mehrheit habe objektiv falsch entschieden, weil diese Mehrheit das falsche Bewusstsein habe? Die Lage wird dann ausweglos und von gefährlicher politischer Brisanz, wenn diese Minderheiten ohne Kompromissbereitschaft, diskussionslos und letztlich auch doktrinär an der absoluten Unantastbarkeit ihrer weltanschaulichen Ansicht festhalten.

Eine solche Entwicklung bedeutet letztlich die völlige Barbarisierung der demokratischen Spielregeln. Ansätze dazu musste leider der aufmerksame Zeitgenosse bei den Gegnern der Kernkraftwerke immer wieder feststellen.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 30. Dezember 1976